

# Höher als der Eiffelturm



*Von Nationalrat Hans Kaufmann  
Wirtschaftsberater, Wettswil*

Der Budgetentwurf 2005 der Schweiz sieht in der Erfolgsrechnung, die auch die Abschreibungen, insbesondere die Altlasten im Zusammenhang mit der Sanierung der Pensionskassen von Bund und Post, einschliesst, ein Defizit von 4 Milliarden Franken vor. Würde man dieses Defizit in Tausendernoten aufschichten, ergäbe sich ein Turm von rund 400 Metern Höhe. Damit wird sich die Bundesschuld bis Ende 2005 auf gegen 135 Milliarden Franken erhöhen, was pro vierköpfige Familie fast 70'000 Franken Schulden entspricht. Dazu kommen aber noch weitere Staatsschulden auf Kantons- und Gemeindeebene von 120 Milliarden bzw. 65'000 Franken pro Familie.

Alarmierend ist dabei, dass diese neuen Defizite trotz der Annahme günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für 2005 anfallen werden. So erwartet der Bund eine massive Zunahme der Einnahmen um 5,8% bzw. 2,7 Milliarden Franken, was rund 0,7% des nominellen Bruttosozialproduktes ausmacht. Diese Einnahmesteigerung werden v.a. die Konsumenten in Form von höheren Tabaksteuern und der Schwerverkehrsabgabe zu beirappen haben. Im Jahre 2005 dürfte

dann wieder über den stagnierenden Privatkonsum und ein abflachendes Wirtschaftswachstum geklagt werden.

Aber auch die Ausgaben steigen munter weiter, um 2,2% auf 50,7 Milliarden Franken – und dies trotz des sogenannten Entlastungsprogrammes 03, einem Sparprogramm, welches das Ausgabenwachstum eindämmen sollte. Die öffentliche Hand insgesamt wird 2005 rund 137 Milliarden Franken ausgeben, d.h. über 70'000 Franken pro vierköpfige Familie. Aber auch dies ist nur ein Teil jener Ausgaben, die das Volk mit Zwangsabgaben finanzieren muss. Nebst dem Staat existieren bekanntlich noch zehn Sozialwerke mit Einnahmen von 115 Milliarden im Jahre 2002. Auch wenn ein Teil ihrer Finanzierung mit öffentlichen Mitteln und mittels Kapitalerträgen erfolgt, bleiben immer noch 87 Milliarden Franken, die aus Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber stammen. 2005 werden der Staat und die Sozialwerke der Bevölkerung somit fast 230 Milliarden Franken aus der Tasche ziehen, was etwas mehr als 50% des erwarteten Bruttosozialproduktes im Jahre 2005 von rund 450 Milliarden Franken entspricht.

Wohl die wenigsten Leute sind sich bewusst, dass wir, pro Familie gerechnet, dem Staat und den Sozialwerken Jahr für Jahr fast 125'000 Franken abliefern und dieses Geld trotzdem nicht ausreicht, um die Kernaufgaben des Staates und die Umverteilung zu finanzieren. Als Staatsbürger fragt man sich, wie hoch denn das Wirtschaftswachstum ausfallen müsste, damit der Staat je wieder schwarze Zahlen schreibt.

Die Schuldenbremse, zu der die Schweizer Stimmbürger am 2. Dezember 2001 mit 84,7% ja gesagt haben, wird zwar stufenweise eingeführt, und es ist sogar ein weiteres Entlastungsprogramm 04 und eine Aufgabenverzichtsplanung vorgesehen. Dennoch kann kaum vor 2009 eine Wende bei den Bundesfinanzen erwartet werden. Auch wenn unsere Defizite im Vergleich zu anderen europäischen Län-

dern oder zu den USA bescheiden erscheinen, müssen wir uns bewusst sein, dass sich unsere Lage beschleunigt verschlechtert. Volk und Stände haben am 28. November über die Verlängerung der Finanzordnung abgestimmt, welche die Steuersätze auf Bundesebene bis 2020 festschreibt. Ihre Annahme bedeutet, dass keine Steuererhöhungen gewünscht werden, sondern eine Sanierung der Staatsfinanzen über eine Ausgabenreduktion.

Der politische Kampf um die Reduktion von Subventionen und den Verzicht auf Aufgaben hat zwar schon mit den Budgetberatungen 2005 begonnen, aber die geringen Erfolge sind entmutigend. Wenn sich die Schweiz nicht zu einer umfassenden Reform der Finanz- und Steuerpolitik aufraffen kann, droht das Land auch hier ins Mittelmass abzurutschen. Eine solche Reform setzt vorerst eine klare Kostenrechnung im Staate voraus, ein Projekt, das glücklicherweise eingeleitet wurde. Dann muss aber eine klare Zweiteilung der Staatshaushalte nach Umverteilung und Erfüllung von Kernaufgaben erfolgen. Während für letztere eine Optimierung im Sinne von Effizienzsteigerungen angesagt ist, werden bei der Umverteilung, die auf Bundesebene mehr als 50% des Haushaltes ausmacht, Abbau und spezifische Beihilfen statt Giesskannenprinzip zum Thema werden. ■

**Wohl die wenigsten Leute sind sich bewusst, dass wir pro Familie dem Staat und den Sozialwerken Jahr für Jahr fast 125'000 Franken abliefern und dieses Geld trotzdem nicht ausreicht, um die Kernaufgaben des Staates und die Umverteilung zu finanzieren.**